



UMFRAGE Offenbar breite Zustimmung für neue Kraftwerksbauten in Österreich – auch Hainburg ist kein Tabu mehr

Androsch: „Die Energiepolitik ist scheinheilig“

Hannes Androsch holt zum Rundumschlag gegen die österreichische Energiepolitik aus: „Wenn im 19. Jahrhundert beim Bau der Eisenbahn so vorgegangen worden wäre wie heute beim Ausbau der Wasserkraft in Österreich, hätten wir wohl kein Eisenbahnnetz.“ Die falsche Energiepolitik führe dazu, dass zehn Prozent des Strombedarfs importiert werden müsse – zum Großteil aus Atomstrom. In diesem Zusammenhang ist dem Industriellen die Scheinheiligkeit Österreichs bei der Atompolitik ein Dorn im Auge: „Wir importieren seit Jahren Atomstrom, erklä-

ren aber, dass wir atomstromfrei sind.“ Ein Drittel der heimischen Wasserkraft sei ungenutzt, obwohl die Energieversorger den Ausbau jederzeit selbst finanzieren und sofort damit beginnen könnten.

Geisel Russlands

Wasserkraft ist in Österreich von allen Formen der Energiegewinnung die beliebteste. 86 Prozent der Befragten einer aktuellen Studie der Arbeitsgemeinschaft für wissenschaftliche Wirtschaftspolitik sehen darin künftig den größten Beitrag zur Stromversorgung. Und auch die Zustimmung zum Bau eines neuen

handelsdeals unter Dach und Fach: zwischen 2010 und 2013 wird der Verbund der EVN und Wien Energie zehn Terawattstunden (TWh) Wasserkraftstrom liefern, was dem Stromverbrauch von drei Millionen österreichischen Haushalten entspricht. „Das Volumen des Deals beträgt mehr als 500 Millionen €“, heißt es aus dem Verbund. 24 der 27 TWh, die der Verbund jährlich produziert, stammen aus Wasserkraft.

Wasserkraftwerks in Hainburg fällt überraschend hoch aus: lediglich 27 Prozent sprechen sich kategorisch dagegen aus. Studienautor Patrick Horvath fordert die Politik auf, ob der breiten Zustimmung von 69 Prozent, die sich für den Bau neuer Kraftwerke aussprechen auf, zu handeln: „Wir brauchen eine nationale Kraftanstrengung“, so Horvath.

Ein Ausbau könne aber nur umgesetzt werden, wenn die Umweltprüfverfahren auf ein vernünftiges Maß reduziert werden: „Die Novelle zur Umweltverträglichkeitsprüfung wurde am Weg zur Gesetzgebung wieder zerstört“, so

Androsch, der ein Umdenken fordert. Weil sich der weltweite Energiebedarf gemäß Internationaler Energieagentur bis 2030 verdoppeln wird, sei Energiepolitik nur in einem gesamteuropäischen Kontext zu sehen, erläutert Verbund-Vorstand Christian Kern: „Nationale Alleingänge sind zum Scheitern verurteilt.“ Wohlstands- und Bevölkerungsanstieg, Rohstoffknappheit und extreme Preisschwankungen bei Primärenergieträgern weisen darauf hin, dass sich Europa in den nächsten 15 Jahren noch mehr in die Gasabhängigkeit Russlands begeben werde, sagt Kern. (off)



Hannes Androsch wettet gegen die Energiepolitik

STROMDEAL

Der Verbund bringt nach mehrmonatigen Verhandlungen einen seiner größten Strom-